

Bürger im Mittelpunkt

Während weltweit Konjunkturprogramme aufgelegt werden, Zinsen für geliehenes Geld so gering wie seit langem nicht mehr sind, Geld ohne Ende in Banken und Firmen hineingepumpt wird, um Arbeitsplätze zu retten, müssen ausgerechnet zwölf Lilienthaler CDU- und FDP-Abgeordnete sowie ein parteiloses Ratsmitglied das Gegenteil tun und in Lilienthal Bauvorhaben auf Eis legen und somit Arbeitsplätze gefährden bzw. vernichten. Das Votum der 5098 von 8110 Lilienthalern (63,3 Prozent) im Juni 2006 für den Bau der Linie 4 konnten so 13 Lilienthaler ad absurdum führen.

Vor allem gegen ältere, behinderte und berufstätige Menschen wendet sich die Entscheidung, die auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, aber auch gegen alle Bremer und Bremerinnen, die gern einmal nach Lilienthal einkaufen gefahren wären, aber nicht die Wartezeiten in Borgfeld oder den Mangel an Parkplätzen in der Lilienthaler City in Kauf nehmen wollen.

Während die Menschen in Borgfeld wohnen wollen, weil die Linie 4 bis Borgfeld fährt, wird Lilienthal Einwohner verlieren und im gleichen Zug werden die Grundstücks- und Häuserpreise überproportional an Wert verlieren. Ein persönlicher Verlust für alle, die einmal ihr Haus verkaufen müssen. Ein Verlust insgesamt, der die eingesparten vier Millionen Euro zigfach übersteigen wird.

Am 14. September 2004 warnte in der „Wümmе-Zeitung online“ Ministerpräsident Wulff Politiker vor Wankelmut: Im Artikel hieß es unter anderem: „Für Ministerpräsident Christian Wulff sind zwei Dinge für die Region besonders wichtig: Die Projekte Entlastungsstraße und die Straßenbahnlinie 4 müssten vorangetrieben werden. Bei einer möglichen Umsetzung der Linie 4 sei vorrangig zu beachten, „dass die Bürger im Mittelpunkt stehen“.

WOLFGANG KLUTH, LILIENTHAL

Nur Wolkenkuckucksheime

Was mich an dem Gezeter um die Straßenbahnlinie 4 stutzig macht und stört:

1. Hätten BSAG und Gemeindeverwaltung die wahren Kosten nicht immer wieder verschleiern und verschwiegen, sondern von Anfang an fair mit offenen Karten gespielt, wäre das heutige Ergebnis schon vor Jahren möglich gewesen. Jetzt ist die Seifenblase geplatzt. Zudem werden öffentliche Bauten fast immer bis zu 400 Prozent teurer als geplant. Dieses Risiko sollte allein Lilienthal tragen.

2. Bei dem ganzen Verfahren gerierte sich die Gemeinde Lilienthal und ihre Vertreter nur als Vasallen der BSAG. Ein eigener Einfluss war kaum erkennbar.

3. Die Gemeinde hat auf ihrer Internetseite nur technische Daten veröffentlicht. Keine Kosten, keine Kosten-Nutzen-Rechnungen. Schier gar nichts über das Investitionsvolumen, die Kreditkosten oder die zukünftigen Betriebskosten. Wollte man die

Bürger nicht verschrecken?

4. Die Bürger-Umfrage war eine Farce. Das Ergebnis von vorn herein klar. Fragen sie einen Kleinwagen-Fahrer, ob er gerne Porsche fahren würde, und sie erhalten 90 Prozent Ja-Stimmen. Fragen sie ihn, ob er 150.000 Euro für ein Auto ausgeben könne oder wolle, sieht das Ergebnis anders aus. Wer mit solcher dilettantischen Umfrage argumentiert, entlarvt sich als Scharlatan.

5. Einzige Nutznießer der Linie 4 wären zweifelsohne die BSAG und Bremen. Ihnen geht es nur darum, ihre horrenden Straßenbahnkosten den Umland-Gemeinden aufzubürden.

6. Mit der Straßenbahn wäre Lilienthal endlos von der BSAG erpressbar. Liegen erst einmal die Schienen, so gibt es kein Zurück mehr. Eine Bus-Anbindung kann alle paar Jahre neu international ausgeschrieben werden.

7. Die Befürworter der Linie 4 argumentieren ausschließlich mit unbewiesenen Behauptungen, mit Vermutungen, Hoffnungen und Wolkenkuckucksheimen.

Allein durch die Straßenbahn könnte Lilienthal nicht prosperieren. Außer Borgfeldern käme kaum ein Bremer zum Einkauf hierher. Dazu wäre mehr erforderlich: attraktive Angebote, eine höhere Service-Bereitschaft (Ladenschlusszeiten), interessante Veranstaltungen, ein überzeugendes Marketing. So bleibt Lilienthal, was es schon immer war: eine Schlafgemeinde.

Eine Straßenbahn kann keinen Autofahrer stärker zum Umstieg motivieren als ein Bus. Wer zum Einkaufen nach Bremen fährt, schleppt keine schweren Einkäufe zur Straßenbahn und von dort zur Wohnung. Er packt sie sich bequem in den Kofferraum. Bei Dodenhof, im Weserpark, aber auch in den Parkhäusern der Innenstadt lässt sich das ablesen.

WINFRIED W. HOPPE, LILIENTHAL

Verspottung und Hohn

Das negative Abstimmungsergebnis gegen einen Bürgerwillen ist ein politisches Desaster, welches mit einer Bankrotterklärung des amtierenden Gemeinderates gleichzusetzen ist.

Nun endlich ist es raus. Lilienthal ist eine unterentwickelte Gemeinde und wird es aufgrund von Unstimmigkeiten und fehlender Abgleichung und Autorität in den politischen Reihen auch bleiben.

In diesem Zusammenhang grenzt es an Verspottung und Hohn, indem der Gemeinderat die Lilienthaler Bürger drei Tage nach der Abstimmungsniederlage zu einer Bürgerbefragung aufruft, um in Erfahrung zu bringen, was für den Menschen im Ort wichtig ist und was denn Lilienthal lebenswert macht.

Für wie dumm wird der Bürger seitens der Gemeindeverwaltung und der politischen Gremien eigentlich gehalten, um diesen Blödsinn zum jetzigen Zeitpunkt zu unterstützen? Eine Fragebogenaktion unter Mitwirkung aller politischer Fraktionen, uns lächelnd anschauend, als hätte es nie eine Niederlage gegeben. Dieses Vorgehen unterstützt die aufkommende Meinung: Zwischen den Gremien läuft alles nach abge-

stecktem Plan, im Gemeinderat reichen sich alle die Hände für den zur Zeit erfolgreich geglückten Schachzug. Die Lilienthaler sollen über Prioritäten für die zukünftige Gemeindepolitik nachdenken und mitarbeiten, die Gemeindepolitik aber hat in den eigenen Reihen kläglich versagt. Offensichtlich sind aus Sicht des Gemeinderates die Lilienthaler zu unmündig und dumm, um die Harmonie zwischen den Verantwortlichen zu erkennen. Ich hoffe, dass Bremen diesen Schachzug erkennt und alle erbrachten Vorleistungen bei der Gemeinde einklagt und Lilienthal künftig verdursten lässt.

Nun aber werden wir wenigstens unsere schöne Hauptstraße mit den hervorragenden Rad- und Fußwegen behalten, um auch dort uneingeschränkt parken zu können. Im Bereich der neuen Postagentur wird davon bereits rege Gebrauch gemacht. Ein unmöglicher Zustand für Behinderte, Sehbehinderte, Kinderwagen, Rollstuhlfahrer und Fußgänger, aber die Verantwortlichen sehen zu. In diesem Zusammenhang schlage ich vor, den seit Jahren vorhandenen Schilderwald am Ortseingang kräftig zu erweitern, um Neuankömmlinge auf das lebenswerte Lilienthal aufmerksam zu machen. Das Erscheinungsbild der Hauptstraße sagt den Rest aus. Als ehemaliger Bremer ist mein jetziges Leitbild nicht mehr Lilienthal ohne Straßenbahnanschluss, sondern Bremen Borgfeld mit besseren Zukunftsperspektiven.

RAINER GRÜNDEL, LILIENTHAL

Lilienthal verschläft Zukunft

Wir können uns nicht noch weitere Jahre Zeit lassen mit einer Entscheidung, die schon viel zu lange hinausgezögert wurde. Wer in Lilienthal jetzt nicht unverzüglich handelt, schafft weitere jahrelange Planungsunsicherheit, egal ob für Privat- oder Geschäftsleute. Erst zum 31.12.2008 wurde in Falkenberg ein alteingesessener Lilienthaler Familienbetrieb geschlossen, dem durch jahrelange Planungsunsicherheit die geschäftliche Grundlage entzogen wurde. Wer jetzt nicht handelt, setzt sich weiteren Kostensteigerungen aus und verspielt auf Jahre jede Chance auf ein wirklich zukunftsträchtiges ÖPNV-System, eine dringende Ortskern-Sanierung und eine deutlich verbesserte Wohn- und Lebensqualität für alle Lilienthaler Bürger.

EU-Mittel aus der Ziel-1-Förderung und damit eine 90-prozentige Förderung dieses Projekts wird es nie wieder geben. 45 Millionen Euro aus Fördergeldern, die jetzt zukunftsträchtig in Lilienthal eingesetzt werden könnten, würden in andere Regionen fließen, in denen man seine Chancen besser zu nutzen weiß. Und Lilienthal? Lilienthal verschläft wieder einmal die Zukunft. Im Rat wird weiter geredet und nicht gehandelt. Wir behalten unseren maroden, unattraktiven Ortskern, für dessen notwendige Sanierung ohne Fördermittel kein Geld zur Verfügung steht. Wir bekommen noch mehr Leerstände u.a. aufgrund der fehlenden Planungssicherheit für die Geschäftsleute und aufgrund eines wenig attraktiven ÖPNV. Wir haben eine teuer bezahlte, unvollendete Ortsentlastungsstraße, die nur im Ge-

samt Konzept mit der Linie 4 akzeptiert werden wird und deren notwendiger Anschluss an das Bremer Straßennetz aufgrund der Lilienthaler Vertragsbrüche und Unzuverlässigkeiten jetzt wieder in Frage steht. Wir machen uns zur politischen Lachnummer im ganzen Land, bestätigen unsere politische Unzuverlässigkeit mit unabsehbaren Folgen insbesondere bei Projekten mit unserem „Oberzentrum“ Bremen, und wir müssen wohl völlig zu recht damit rechnen, dass wir neben den bereits gezahlten erheblichen eigenen Planungskosten nun auch noch von Bremer Seite kräftig zur Kasse gebeten werden. Viel Geld für Nichts!

Eines allerdings bleibt den Lilienthalern erhalten: Die Hoffnung, in späteren Jahren einmal aus dem Tourismus-Geschäft zu profitieren. Unter dem Motto „Besuchen Sie ein verfallenes Dorf am Rande der Stadt“ lässt sich sicher irgendwann mal eine Geschäftsidee entwickeln. Oder wie wäre es mit einer Vorabendserie im öffentlich-rechtlichen Fernsehen mit dem Thema „Lustige Geschichten aus dem Lilienthaler Gemeinderat“?

MARION BARTELS, LILIENTHAL

Zur Übernahme des Martins-Krankenhauses durch die Residenzgruppe:

Schaler Geschmack

Das haben die Mitarbeiter des Martins-Krankenhauses sich bestimmt anders vorgestellt. Zuerst geht das Haus in die Pleite, kann keine Gehälter mehr auszahlen und trotzdem arbeiten die Beschäftigten weiter. Dann wird ihnen von Chefarzt Dr. Müller erzählt, man werde das Haus in eine sichere Zukunft führen und suche einen Investor. Kaum ist der gefunden, nachdem andere Lösungen zumindest in der Öffentlichkeit erst gar nicht in Betracht kamen, stellt der seine Pläne zur Rettung des MKH vor und verwirklicht sich sofort in Widersprüche bzw. kann seine Pläne nicht glaubhaft darlegen.

Das Martins-Krankenhaus solle auf 200 Betten aufgestockt werden. Auch Frau Rühlmann, die bei diesen Plänen „Schmerz und Erleichterung“ verspürt, kann das nicht nachvollziehen. Der Niedersächsische Krankenhausplan gibt eine Bettenaufstockung nicht her. Zumal die Kosten auch beim Land lägen und das ist nur an Bettenabbau interessiert. In Niedersachsen wurden seit 1978 circa 20.000 Betten abgebaut.

Selbst wenn dieser Teil des Plans gelänge, ist nicht zu verstehen, warum dann Personal abgebaut werden soll. Die Rede ist von 30 Vollzeitstellen, die 45 oder mehr Mitarbeiter ergeben, da viele in Teilzeit arbeiten. Eine Bettenaufstockung müsste mit einem Mehrbedarf an Personal einhergehen. Dann soll eine Kardiologie die Rettung bringen.

Mal abgesehen davon, dass bezweifelt werden muss, dass eine solche Abteilung genehmigt werden würde. Hat der ehemalige Verwaltungsdirektor des Klinikums Links der Weser vor, seinem ehemaligen Arbeitgeber damit eins auszuwaschen? Das Martins-Krankenhaus sei zu 100 Prozent belegt und damit gut ausgelastet, wird der Öffentlich-